

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 26 (1950-1951)
Heft: 20

Artikel: Die ausserdienstliche Panzerbekämpfung vor dem Nationalrat
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-706497>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die außerdienstliche Panzerbekämpfung vor dem Nationalrat

Nat.-Rat Christian Clavadetscher (Luzern) hat mit 22 Mitunterzeichnern im Herbst 1950 ein Postulat über das außerdienstliche Training der Panzerabwehrschützen eingebracht, das er in der ersten Woche der vergangenen Sommersession der eidgenössischen Räte vor dem Nationalrat wie folgt begründete:

Am 11. Sept. 1950 habe ich ein Postulat eingereicht, welches von 22 Kollegen mitunterzeichnet worden ist. Es lautet:

«Der neue Kampf in Korea hat die eminente Wichtigkeit einer guten und wirksamen Panzerabwehr aufs neue bewiesen.

Die sehr kurze Abwehrdistanz der uns heute bei der Infanterie zur Verfügung stehenden Panzerabwehrwaffen verlangt eine sehr gründliche und lange Ausbildungszeit.

Nur auf diese Weise können wir dem auf so kurze Distanz fechtenden Panzerabwehrschützen neben der nötigen Sicherheit auch die persönliche Ueberzeugung der Wirksamkeit seiner Waffe beibringen. Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, ob es nicht dringend notwendig sei, daß wir dem außerdienstlichen Schießtraining der Panzerschützen die gleiche Aufmerksamkeit schenken wie dem Karabinerschützen, dadurch, daß der ausgebildete Panzerschütze neben seinem obligatorischen Schießprogramm auch ein neu zu bestimmendes Pflichtpensum im Panzerabwehrschießen zu erfüllen hat.

Seit der Eingabe meines Postulates hat sich in unserem Lande ein regelrechter «Panzerkrieg», vorläufig glücklicherweise erst auf dem Papier, entsponnen. Es kann nicht der Zweck meiner Postulatsbegründung sein, die vorgesehene Panzerbeschaffung zu bejahen oder zu verneinen.

Für mich ist aber eines ganz klar und eindeutig, daß, wenn unser Land je in einen Krieg verwickelt werden sollte, unsere Armee gegen eine große Zahl von Panzern zu kämpfen haben wird.

Diese Erkenntnis einerseits und das Gefühl der ungenügenden Ausbildung unserer Truppe in der Panzerabwehr und der daraus folgenden mangelnden Ueberzeugungskraft der Wirksamkeit unserer Abwehrwaffen andererseits, haben mich zur Einreichung meines Postulates veranlaßt.

Ich bin in meiner Auffassung noch bestärkt worden, als ich die Militärzeitschrift Heft Nr. 12 vom Dezember 1949 gelesen habe. In dieser Nummer ist der Angriffsplan der Waffen-SS gegen die Schweiz durch den einstigen Chef des österreichischen Nachrichtendienstes, Oberst Böhme, in allen Details ersichtlich. Jeder Operationstag ist mit einem bestimmten Auftrag vermerkt.

Im Operationsplan heißt es wörtlich: «Es kommt vor allem darauf an, den mit absoluter Sicherheit zu erwartenden *Panzerschreck* des Schweizer Heeres sofort kräftig auszunützen.»

Meine Ueberzeugung, daß eine vermehrte Ausbildung und Vertrautmachung mit den Abwehrwaffen gegen Panzer dringend notwendig ist, wurde wiederum bestärkt, als ich aus einem Fronthericht eines amerikanischen Oberstlt. Wright aus Korea folgendes lesen konnte: «Die Südkoreaner haben direkt eine pathologische Angst vor Panzern. Das ist teilweise der Grund für ihre Rückzüge. Die Panzer könnten aufgehalten werden, wenn die Südkoreaner die Waffen, die wir ihnen in die Hand gedrückt haben, auch richtig verwenden würden.»

Meine Herren Kollegen, das sind Tatsachen, die wir nicht leicht hinnehmen dürfen.

Wenn unsere Truppe wahrscheinlich auch wesentlich besser ausgebildet wird, als dies bei den Südkoreanern der Fall war, so können wir gleichwohl den Gegenbeweis eines allfälligen Panzerschrecks und Panzerschockes nicht beibringen.

Die außerordentlichen Verluste und die bedenklichen Folgen eines massiven Panzerangriffes mit ungenügender Abwehr kann man sich fast nicht vorstellen. Jedenfalls wäre es ungemein schwierig, in diesem kritischen Moment das Versäumte in der Ausbildung der Panzerabwehr wieder gutzumachen oder nachzuholen.

Mein Postulat darf nicht als Vorwurf gegen die Herren Instruktoren oder gegen den Chef der Ausbildung aufgefaßt werden. Ich weiß ganz genau, daß unsere Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere in den letzten Jahren mit so viel neuen Waffen und neuen Kampfmethoden vertraut gemacht werden mußten, daß es in der gesetzlich vorgeschriebenen Dienstzeit gar nicht möglich ist, die Truppe auch noch in der Panzerabwehr genügend ausbilden zu können.

Ich habe diese Erfahrung persönlich machen können und darf hier auch erwähnen, daß verschiedene hohe Offiziere, einschließlich Kommandanten von Rekrutenschulen, meine Auffassung teilen.

Im «Schweizer Soldat» vom 15. Okt. 1950 ist von einem Art.-Regimentskommandanten ein Artikel zu lesen, betitelt: «Die große Lücke». Unter anderem schreibt dieser Herr Oberst: «Seit drei Jahren wird bei uns immer noch so geübt, als ob es für uns eine Bedrohung durch Panzer nicht gäbe oder diese wenigstens nicht im Vordergrund stehe.» Weiter lese ich daraus: «Wir wissen, daß unsere Panzerwurfgranate außerordentlich dicke Panzerplatten durchdringt, also für die meisten Panzer eine gefährliche Waffe bedeutet. Man stelle sich nun vor, daß bei einem drohenden Durchbruch längs der Einfallsachsen an geeigneten Stellen kleine Füsiliergruppen mit Panzerwurfgranaten ausgerüstet auf der Lauer stehen. Welche unliebsamen Ueberraschungen erwarten die durchgebrochenen Panzer. Eine ansehnliche Zahl von Vernichtungen dürfte zunächst die Folge sein, und wenn der Gegner einmal überzeugt ist von der Treffsicherheit und Wirkung unserer Panzerabwehr, wieviel langsamer und vorsichtiger wird er seinen Vormarsch gestalten müssen. Zudem eignet sich unser Land mit seinen vielen Enghissen, seiner unregelmäßigen Bodenbeschaffenheit, den vielen Wäldern, dichten Obstgärten, zahlreichen Dörfern für dieses Auflauern vorzüglich.

Aber was nützt uns die gute Panzerwurfgranate oder das günstige Gelände, wenn es an der Ausbildung fehlt, und da eben liegt die große Lücke.»

Verehrte Herren!

Ich muß gestehen, daß die Lücke wahrscheinlich theoretisch nicht so groß ist. Ich habe mich in einer Inf.R.S. über das systematische Vorgehen und die entsprechende Wegleitung für die Ausbildung der Panzer-Wurfgranaten-Schützen orientieren lassen. Das Programm ist sicher sehr sorgfältig und zweckmäßig aufgestellt. Es konnte aber nicht widerlegt werden, daß die Ausbildung von dem Erreichbaren noch weit entfernt ist. Nicht deshalb, weil sich das Kader nicht die größte Mühe gäbe, in der verfügbaren Zeit ein Maximum herauszuholen, sondern weil eben die Zeit in den

Ausbildungskursen, besonders aber in den WK, viel zu knapp ist.

Je eingehender und wirklichkeitswahrer die Instruktion über einen Panzerangriff und das Verhalten bei dessen Abwehr erfolgen kann, desto sicherer und nachhaltiger wird die Truppe gegen den Panzerschreck immun.

Ebenso wichtig wie der Ruf nach weitem, bessern Waffen scheint es daher, aus dem Vorhandenen noch viel mehr herauszuholen. Wenn jeder dazu bestimmte Wehrmann mit der Panzerwurfgranate außerdienstlich so viel lernen könnte wie mit dem Karabiner, so wäre bald ein Ausbildungsstand zu erreichen, der ein beachtliches Niveau annehmen würde und einen angreifenden Gegner entsprechend beeinflussen könnte.

Es muß beachtet werden, daß die Ausbildung in der Panzerabwehr wesentlich erschwert wird und mehr Uebung erfordert, weil es sich um *bewegliche* Ziele handelt.

Die Erfahrungen in den Rekrutenschulen haben gezeigt, daß das Aufsetzen und Abmontieren der Wurfapparatur auf den Karabiner relativ leicht ist und von den Panzerabwehrschützen bald beherrscht wird. Das *Schießen* dagegen verlangt ein systematisch aufgebautes, den Schwierigkeiten entsprechend langsam steigendes Ausbildungsprogramm. Im weiteren haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß der Mann einer langen und sich immer wiederholenden Schießübung bedarf, um in der kurzen, ihm zur Verfügung stehenden Beschußzeit wirklich richtig zielen, abkrümmen und treffen zu können.

Weiter haben mir Instruktoren erklärt, daß die Erfahrung gezeigt habe, daß auch kurze Unterbrüche in der Uebung sofort starke Verringerung der Treffsicherheit der einzelnen Panzerschützen zur Folge hatten.

Der Kampf auf kurze Distanz verbraucht die Nerven. Es ist der Kampf auf engem Raum, in dem sich die Aktionen in rascher Zeitfolge abwickeln und vom Manne maximale Konzentration, viel Mut, rasche Beurteilung der Lage und blitzartige Reaktion verlangen.

Unsere heutige Panzerabwehrwaffe, die uns neben den Minen vorläufig zur Hauptsache zur Verfügung steht, die Panzerwurfgranate, erlaubt den Abwehrkampf nur auf eine Distanz von maximal 50 m. Die Flugzeit des Geschosses für diese Distanz beträgt 1.37 Sekunden. Bei einer Fahrgeschwindigkeit der Panzer von ca. 5—6 m pro Sekunde stehen dem Panzerschützen von 50 m abwärts praktisch nur 8—9 Sekunden Beschußzeit zur Verfügung.

Herr Präsident, meine Herren!

Die immer stärker werdende Panzerung und die wachsende Tragweite der im Panzer eingebauten Geschütze und andern Waffen zwingt auch uns zur Anschaffung neuer und verstärkter Panzerabwehrwaffen, Panzerrohre usw.

Es ist klar, daß unsere Truppe auch mit diesen neuen Abwehrwaffen ausgebildet werden muß. Wenn diese modernen Waffen nicht maximal ausgenützt und möglichst viele Soldaten mit der Handhabung vertraut gemacht werden können, dann tragen wir alle eine große Verantwortung.

Mein Postulat kann sich nicht einseitig auf die außerdienstliche Weiterbildung der Panzerwurfgranaten-Schützen stellen. Für mich ist es selbstverständlich, daß sich die außerdienstliche Ausbildung auf *alle* Panzerabwehrwaffen erstrecken muß. Ich habe deshalb auch kein definitives Programm vorgeschlagen, sondern den Bundesrat ersucht, das Pflichtpensum für die Panzer-

schützen zu prüfen und dann zu bestimmen.

Es ist mir unverständlich, wie man von sehr hoher und maßgebender militärischer Seite mein Postulat abweisen will und allerhand Gründe und Schwierigkeiten sucht, wie z. B.

der Kreis der Trainingspflichtigen wäre schwer zu bestimmen;

die mit Panzerwurfgranaten ausgebildeten Leute seien kontrollmäßig nicht erfaßt;

das Schießen mit Panzerwurfgranaten verlange besondere Zielanlagen;

die Erstellung und der Unterhalt von Zielanlagen verursache große Kosten;

die größte Schwierigkeit dürfte die Bereitstellung des Lehrpersonals bieten.

Meine Herren! Ich frage Sie an, ob wir in der heutigen ersten Zeit und bei der Aufstellung von so hohen Militärausgaben diese Argumente als stichhaltig hinnehmen dürfen. Dies insbesondere, wenn uns die Erfahrung über den Panzerschock und die unabsehbaren Folgen davon so deutlich bekannt gegeben werden?

Daß man von der gleichen Stelle aus weiter behauptet, eine unbedingte Notwendigkeit des außerdienstlichen Trainings könne nicht behauptet werden, die Jäger hätten außerhalb der Jagdzeit in der Regel auch keine Gelegenheit, den Schuß auf bewegliche Ziele zu üben, sie müßten sich mit den während der Jagdzeit ausgelösten Schüssen begnügen, wie der Panzerschütze in den WK, scheint mir denn doch als Vergleich deplaciert und wirklich unverständlich.

Es ist kein Unglück, wenn ein Jägersmann das Wild nicht trifft. Wenn aber ein Panzerschütze mangels ungenügender Ausbildung das Ziel verfehlt, dann ist das Unglück da.

Bei gutem Willen wäre es sicher möglich, die Gedanken meines Postulates zu verwirklichen. Die Leute müßten gar nicht in jeder Gemeinde schießen. Man könnte sie auch bezirksweise zusammennehmen oder dorthin beordern, wo die Voraussetzungen günstig sind, damit mit einem *minimalen* Aufwand ein *Maximum* in der Ausbildung und im Selbstvertrauen herausgeholt werden kann.

Es ist außerordentlich verdankenswert, daß sich der Schweizerische Unteroffiziersverband mit der außerdienstlichen Weiterbildung der Panzerabwehrschützen in

den letzten Jahren befaßt und auch am 30. September und 1. Oktober 1950 an den Unteroffiziers-Tagen in Freiburg das Schießen mit Exerzier-Wurfgranaten erstmals wettkampfmäßig durchgeführt hat. Dank und Anerkennung gebührt auch den Offizieren, die sich gemeinsam mit den Unteroffiziersvereinen der Ausbildung annehmen.

In den Dank dürfen wir sicher auch den Verfasser des sehr aufschlußreichen Büchleins «Achtung Panzer», Herrn Hptm. Herbert Alboth, einschließen.

Der Bund hat seit dem Jahre 1946 für die freiwillige außerdienstliche Übung mit Panzerwurfgranaten an militärische Verbände und Vereine Übungsmaterial mit entsprechenden Weisungen abgegeben, und zwar

Exerzier-Wurfgranaten: 4 Granaten pro 10 Mann;

Treibpatronen: 20 Patronen pro Mann.

Hier ist ein Anfang gemacht worden, der anzuerkennen ist. Seit dem Jahre 1946 hat sich aber in der Panzerentwicklung sehr viel geändert und vervollständigt. Dementsprechend kommt zwangsläufig auch der Panzerabwehr eine ganz andere Bedeutung zu.

Die Dotation des Übungsmaterials für die außerdienstliche freiwillige Tätigkeit genügt nicht mehr. Zudem ist festgestellt worden, daß nur ein ganz kleiner Teil der Panzerschützen zu diesen Übungen erscheint.

Die Berechtigung zur Teilnahme an den Übungen muß auf alle Truppengattungen ausgedehnt werden, was bis dahin nicht der Fall war.

Für mich ist unverständlich, wenn derselbe hohe Offizier, der mein Postulat ablehnen wollte, schreibt:

«Das Schießen mit Panzerwurfgranaten ist eigentlich keine Unteroffiziersaufgabe.»

Wenn die dringende Notwendigkeit der Ausbildung bejaht wird, wer will und soll denn die Sache an die Hand nehmen?

Herr Präsident, meine Herren!

Die vielen Zeitungsberichte, Bücher und Broschüren, aber auch die Debatten in den Räten weisen uns auf die Dringlichkeit der vermehrten Panzerbeschaffung, weil alle andern Länder in dieser Richtung ganz gewaltig aufgerüstet haben.

Kann da die vermehrte und sorgfältigere Ausbildung der Panzerschützen in unserer Armee verneint werden? Ich glaube kaum!

Nach reiflicher Ueberlegung geht mein Vorschlag dahin, vorläufig in Zusammenarbeit mit den militärischen Verbänden und Vereinen die außerdienstlichen Übungen in der Panzerabwehr auszubauen und finanziell entsprechend besser zu unterstützen. Dadurch geht keine kostbare Zeit verloren.

Gleichzeitig sollte der Bundesrat meinen Postulatsgedanken in der Erfüllung eines außerdienstlichen obligatorischen Schießprogramms für die Panzerschützen sofort ernsthaft prüfen und im Interesse unserer Wehrbereitschaft zu verwirklichen suchen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Bundesrat und meine Herren Kollegen, mein Postulat entgegenzunehmen.»

Bundesrat Kobelt betont in seinen anschließenden Ausführungen, daß die Forderung des Postulanten schwierig zu verwirklichen sei. Die Schießvereine könnten die Leitung für ein obligatorisches Programm nicht übernehmen, sondern es kämen nur Offiziere und Unteroffiziere in Frage, die einen Übungsleiterkurs im Panzergranatenschießen bestanden hätten.

Der Chef des EMD weist auch darauf hin, daß für das Schießen mit Panzerwurfgranaten besondere Anlagen notwendig werden. Das sei in kleinen Gemeinden nicht möglich. Die Panzerschützen müßten also außerdienstlich an besondere Schießplätze reisen. Eine solche Forderung gehe aber zu weit, da dafür auch keine gesetzliche Grundlage bestehe. Der Bundesrat lehnt daher ein außerdienstliches Obligatorium für das Panzerschießen ab. Sofern die Militärvereine, zum Beispiel der Schweizerische Unteroffiziersverband, die Ausbildung an der Panzerwurfgranate auf freiwilliger Grundlage außerdienstlich fördern, wird ihnen jedoch die volle Unterstützung des Bundes zuteil. Der Bundesrat nimmt daher das Postulat in diesem Sinne entgegen. (*)

Die zivile Landesverteidigung

Von Oberstlt. Hch. von Muralt.

(Fortsetzung.)

Es liegen hierüber zahlreiche Berichte vor, die wie folgt zusammengefaßt werden können:

In Hiroshima gab es durch die Atombombe zirka 66 000 und in Nagasaki ungefähr 29 000 Tote. Alle Häuser und Gebäude in einem Umkreis von zirka 800 Metern vom Explosionsherd wurden seinerzeit durch den großen Luftdruck oder durch Feuer zerstört; ausgenommen waren einzig große Gebäude aus sehr starkem Eisenbeton. In diesem Umkreis wurden *alle ungeschützten Personen* durch die große Hitzewelle oder die direkten radioaktiven Strahlen getötet. In einer Entfernung von 800 bis zirka 2000 Metern entstanden schwere Schäden an den meisten

Häusern und Gebäuden, Holzhäuser gerieten in Brand. Außerdem erlitten sehr viele Menschen noch Verbrennungen dritten Grades sowie Verletzungen durch herumfliegende Gegenstände oder erkrankten mit verschiedenartigen Symptomen, über die noch später berichtet werden soll. Auf einer Distanz bis zu drei Kilometer wurden weitere Häuser mehr oder weniger schwer beschädigt oder gerieten in Brand; ungeschützte Personen erlitten auch auf diesen Entfernungen noch leichtere Verbrennungen oder es zeigten sich geringere gesundheitliche Störungen.

Alle diese Angaben gelten für Explosionen von Atombomben in einer Höhe von zirka 600 bis 700 Metern

über dem Erdboden. In Hiroshima zum Beispiel entfielen 20 bis 30 Prozent der Toten auf die große und plötzliche Hitzewelle; 50 bis 60 Prozent auf den Luftdruck (durch fortgeschleudertes Material, einstürzende Häuser und Mauern) sowie die großen Brände und 15 bis 20 Prozent auf die direkte radioaktive Bestrahlung.

Nun muß hinzugefügt werden, daß die Zahl der Todesopfer seinerzeit so groß war, weil der Angriff völlig überraschend erfolgte und in Hiroshima ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung sich gerade auf dem Wege zur Arbeitsstätte befand. Trotzdem blieb aber auch damals zirka die Hälfte der Einwohner innerhalb